

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Mark, bei Postbestellung 10 Pf. Einmal im Monat, bei Zustellung durch die Post 1,20 Mark, bei Postbestellung 1,30 Mark. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6



Die „Sachsen-Zeitung“ enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamts Charandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 29 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonntag 3. Februar 1924

## Wochenrückblicke.

„Wie kann ich dir das Wasser trüben?“ — Alle Mittel beiläufig, alle Wege die rechten — Terror ohne Führereignung — Elefant im Porzellanladen — Das Heil der Internationale — Reifende Erkenntnis, epidemischer Schuppenfall — Gegenwind — „Wie lange noch...?“ — Westfalenland — General von Lohberg — Landwirt zu Landwirten — Ein Ereignis? — „Leute“ und „Männer“

„Wie kann ich dir das Wasser trüben, trinkst du doch über wirt?“ — An diese Antwort des Lohmes, die es dem Wolf gab aus dessen Bormund, das Wasser ihm getrübt zu haben, wird man recht oft erinnert. Von der Sozialdemokratie erinnert. Sie, die Herren Genossen aller Schattierungen, denen man beschuldigen Schüchternheit auch nicht nachzujagen vermochte in der Zeit, als noch kein Mensch an den Krieg dachte, tun seit einiger Zeit so, als ob sie das Lämmchen, das ungeschuldvoll-weiß, jetzt seien und allezeit immerdar gewesen wären. Sie, die alle Mittel angewendet haben, alle Mienen springen, alle Puppen tanzen lassen, um durch Beeinflussung und Gewalt zur Regierung zu gelangen, denen der unauferster aller Wege, die Vergiftung der eigenen Volksgenossen, und der in gleichem Maße verwerfliche, der Verrat des eigenen Landes gegen einen mehr als jüdischen, rachegelegigen Feind, gerade der rechte gewesen, sie, ausgerechnet sie spielen heute die gekränkte Unschuld! Fünf Jahre hindurch haben sie ihre Führer bei ersten fränkischen Ordnung in die ersten, die der zweiten Ordnung in die zweiten und so weiter Reichs-, Staats- und Gemeindefeststellen hineingeschoben! Fünf Jahre hindurch haben sie frei gewaltet und geschaltet, durch Terror, dem die Führereignung erlangte, durch Züchtung eines Demagogentums, dem die Erlangung äußerer Eigendvorteile alles, das Volkswohl nichts galt. Fünf Jahre hindurch haben sie, durch Untertanentum teils, dann aber auch in Verfolgung ihrer auf Internationalisierung hinauslaufenden unübersichtlichen Ziele, das Währungsproblem vernichtet, alle Wirtschaftsmöglichkeiten untergraben, das deutsche Ansehen befehdet, das Heer der Arbeitslosen verschuldet, — kurz: wie die Elefanten im Porzellanladen deutscher Einzelheit, deutscher Kultur, deutscher Moral, deutscher Politik und deutschen Wesens herumgetampelt. Immer in der von blutigstem Dilettantismus erzeugten Bewußtheit: das Heil bräuhet dem deutschen Volk das Heil der Völker, das Heil, das in den Sternen irgendwo und irgendwie einmal geschrieben stehen mag, das Heil der großen, der freien, der weisheitsbringenden, goldenen Internationale!

Nun sie, im sechsten Jahre ihrer Vorherrschaft, es allmählich dahin gebracht, daß nicht nur dem auf nationalem Boden verbliebenen Bürgertum die Erkenntnis mächtig reißt, sondern daß auch in ihren eigenen, mehrfach gespaltenen Heerlagern der Schuppenfall von den verblendet gewordenen Augen epidemisch ausbricht, — nun bemühen sie sich, den Spieß umzudrehen: Nun wechseln sie die Taktik und versuchen es, sich in ein Bürgergemünd zu hüllen und selbst wieder die — Geschichteten zu spielen!

Sat da, im Thüringischen, allda, wo der Himmel fast die ganzen lehtverflohenen Jahre hindurch nur in rot erglühen durfte, anfänglich einer Wühlzeit der Wind einmal aus einer anderen Luft recht scharf gebliesen. Ein Wahlplakat des Gegenextremis, auf dem einige Bildnisse prangten: Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Nabel-Cobelsohn und andere. Umrahmt mit Aufschriften wie: „Nie wieder Krieg!“ — „Hoch die Internationale!“ — „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit!“ und anderen. Und dieses Wahlplakat war — frei in der Zeit des freien Ausstehens des Kampfes der Meinungen — vom Leiter der öffentlichen Gewalt genehmigt! — Hu, wie sie sich da überschlagen, die Genossen alle, wie sie zur schärfsten Handhabung der geschaffenen Gesetze zum Schutze der „freien“ Republik anspornten! Und wie sie sich, in ihrem begrifflichen Kampfe gegen den militärischen Ausnahmezustand, mit öffentlichen anlagenden Fragen überschütteten: „Wie lange sollen wir noch warten?“, „Was soll inzwischen noch alles geschehen?“!

Ein ander Bild: In Westfalen, im Lande der roten, der — gottseidank! — ferndeutschen roten Erde, hat irgendwo der die eigenen wie die allgemeinen deutschen Interessen (wie es ja bei Tagungen dieser Deutschen immer so ist) vertretende Landes-Bauernverein getagt. An dieser Tag hat — „hört hört!“ — „hört hört!“ — General von Lohberg, in dessen Händen die öffentliche Gewalt des Landes fest und sicher ruht, mit teilgenommen! Und dieser General hat — allen Republikbeschühern möge es einst selbst die allerkräftigsten Bude! hinaufstrecken — zum Wort gegriffen! Selbst Landwirt seit 20 Jahren, kennt er des Landbesitzes Eigenheiten und Hemmungen, Ausfällen und Bedrohungen, Hoffnungen und unerfüllbare Zumutungen. Und sprach von diesen. Als Landwirt zu Landwirten! Sprach davon, daß die Landwirtschaft die deutsche Volksernährung übernehmen könne und daß ihr nicht alles weggefeuert werden dürfe. Auch davon, daß es ein Unding sei, den im Jahre 1913 festgelegten Wehrbeitrag in der Höhe wie jetzt beizubehalten und daß die sicherste Grundlage des Staates, eben die Landwirtschaft, nicht zerstört werden dürfe, am allerwenigsten aber vom Staate selbst. Und erlaube das sich außerdem auch, darauf hinzuweisen, daß er, solange das Land als Inhaber der vollziehenden Gewalt in seiner Hand ruht, dafür einstehe, daß die Landwirte ihre Betriebe in Ruhe und Sicherheit auch durchführen können. Von alledem sprach der General und Landwirt von Lohberg, Inhaber der voll-

## Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 2. Febr. Zur Information der in Berlin weilenden ausländischen Sachverständigen hat bekanntlich die Reichsregierung Material über Deutschlands wirtschaftliche Lage zusammenstellen lassen. Diese Denkschrift wird, wie der Deutsche Handelsdienst berichtet, voraussichtlich im Laufe der Woche der breiteren Öffentlichkeit bekanntgegeben werden, da anzunehmen ist, daß die Prüfung des Materials durch die Sachverständigenkommission nur noch wenige Tage in Anspruch nehmen wird.

### Rheinlandkommission und Pfalzfrage.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

London, 2. Febr. Die Rheinlandkommission hat in ihrer gestrigen Sitzung die Frage der Anerkennung der Verordnungen der sogenannten autonomen Regierung der Pfalz wiederum verhandelt.

### Herr von Kollin deutscher Gesandter in Brüssel.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 2. Febr. Pariser Blätter veröffentlichen heute eine Agenturmeldung aus Brüssel, wonach die belgische Regierung der Reichsregierung mitgeteilt hat, daß sie zu der Ernennung des Herrn von Kollin zum deutschen Votschafter in Brüssel ihre Genehmigung erteilt.

### Das Schicksal des Kabinetts Poincaré.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 2. Febr. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Kammerdebatte über die Maßnahmen gegen den Frankenschnitt noch die ganze Woche ausfüllen wird, falls es der Regierung nicht gelingt, das Tempo der Diskussion zu beschleunigen. Das Scheitern des Kabinetts in den beiden letzten Sitzungen hat die Auffassung, daß das Ministerium Poincaré abgewirtschaftet hat, verstärkt.

### Schreckliches Explosionsunglück in Moskau.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Moskau, 2. Febr. Gestern mittag ereignete sich in Charlow auf dem Zentralplatz in dem siebenstöckigen Hause des Verpflegungsausschusses eine gewaltige Sprengstoffexplosion, die die Decke des dritten Stockwerkes einbrückte. Die um diese Zeit anwesenden Personen und ein vorüberfahrender Fuhrmann wurden getötet, mehrere Straßenpassanten schwer verletzt. Mehrere Personen sprangen aus dem 7. Stockwerk, wobei sie den Tod fanden. Bisher wurden neun verblühte Leichen gefunden. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest.

ziehenden Gewalt im Lande der roten Erde. Und erntete den Beifall der zahlreich erschienenen Landwirte des Landwirtschaftstages der Provinz Westfalen. Ein Ereignis? — Durchaus nicht! Im roten Heerlager strempelt man es aber zu einem Ereignis. Man ist — leider — in ihm nachgerade daran gewöhnt, daß die Leute, die, auf hohem Roßhuhn stehend, etwas zu sagen wünschen, sich bescheiden Heerlagers als Souffleurkosten bedienen. Und schreien Jeter und Mordio, wenn Männer, die etwas zu sagen haben, sich der freien Sprache des freien Mannes zu freien Männern frei bedienen.

Jupiter.

## Wo treiben wir hin?

Von besonders geschätzter Seite geht uns aus unserer Leserschaft folgender Ratsschrei zum Abdruck zu:

Man kann im Herzen Milde tragen  
Und doch mit Knüppeln drunter schlagen.

Wie lange wollt ihr unsere Geduld noch auf die Probe stellen? „Quosque tandem Catilina aduret patetia nostra!“ So ruft der römische Volkstribun aus, und das möchten wir heute auch allen denen zurufen, die in Reichsparlament und Reichsregierung Handlangerdienste leisten dem jüdischen Weltkapital.

Werket ihr Sozialisten in eurer in Klassenhaft eingestellten Parteipolitik denn nicht, daß ihr nur der Vorposten seid für dieses? — Daß das deutsche Volk es euch verdankt, wenn es heute, nach 5 Friedensjahren, in allen seinen Teilen, mit Aus-

## Die englische Anerkennung Sowjetrußlands erfolgt.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Berlin, 2. Febr. Die neue englische Regierung hat ihre Absicht, Sowjetrußland de jure anzuerkennen, lobend überwirkt. Der englische Vertreter in Moskau, Hedgum, überreichte gestern der Sowjetregierung folgende Note: Ich beehre mich, im Auftrage meiner Regierung mitzuteilen, daß sie die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken de jure als Inhaber der Regierungsgewalt über die Gebiete des früher russischen Kaiserreiches anerkennt, die ihre Autorität anerkannt haben. Um jedoch normale Voraussetzungen für die künftigen freundschaftlichen Beziehungen und eines völligen gegenseitigen wirtschaftlichen Austausches zu schaffen, ist es notwendig, weitere praktische Abmachungen über verschiedene Angelegenheiten und Fragen zu treffen, von denen einige an und für sich mit der Anerkennung nichts zu tun haben, andere aber mit der Tatsache dieser Anerkennung verknüpft sind. Zu diesen letzteren Fragen gehört die der bestehenden Verträge zwischen England und Rußland. Die Regierung Seiner Majestät ist der Ansicht, daß die Anerkennung der russischen Sowjetregierung gemäß den Grundsätzen des internationalen Rechts automatisch alle zwischen den beiden Ländern vor der russischen Revolution zustande gekommenen Verträge in Kraft setzen wird, mit Ausnahme derer, die ausdrücklich zurückgezogen oder auf andere Art und Weise hinfällig geworden sind. Es liegt offenbar im Interesse und im Vorteil der beiden Länder, daß mit Bezug auf diese Verträge gleichzeitig mit der Anerkennung besondere Regelungen getroffen werden. Technisch nicht verbunden mit der Anerkennung, aber zweifellos von überragender Bedeutung ist das Problem der Regelung der gegenseitigen Ansprüche der beiden Regierungen und ihrer Untertanen und die Wiederherstellung des russischen Kredit. Weiter wird in der Note gesagt, daß natürlich an anständige freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern so lange nicht gedacht werden konnte, als von der einen Seite noch gegen die andere Seite Propaganda betrieben wird, die gegen die Interessen der anderen Partei verstoßen. Infolgedessen läßt die englische Regierung die Sowjetregierung ein, sobald wie möglich mit allen Vollmachten zur Erörterung aller dieser Fragen und zur Unterzeichnung einer Grundlage für eine provisorische Lösung ausgestattete Vertreter nach London zu entsenden. Inzwischen wird die englische Regierung einen bevollmächtigten amtlichen Vertreter bzw. Votschafter für Moskau ernennen, um dessen Anerkennung gebeten wird, während die englische Regierung erwartet, daß auch die Sowjetregierung möglichst bald einen bevollmächtigten diplomatischen Vertreter für London ernennen wird.

## Expräsident Wilsons letzte Stunden.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 2. Febr. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat gestern abend 7.30 Uhr amerikanischer Zeit, das ist heute 12 Uhr, Expräsident Wilson das Bewußtsein verloren. Man erwartet seinen Tod in den ersten Morgenstunden. Wilson ist 68 Jahre alt geworden.

nahme des jüdischen Großkapitals, ein nicht nur aufs Blut ausgezogenes, vollkommen verarmtes, sondern auch ein in jeder Beziehung entrechtetes Volk ist? — Ist das Proletariat wirklich so naiv, zu glauben, daß auskömmliche Löhne, welche ihm die durch sozialistische Mache verarmten deutschen Arbeitgeber nicht mehr zahlen können, ihm aus den Taschen dieses Großkapitals zusteifen werden?

Das jüdische Großkapital kennt keine sittlichen Pflichten von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer. Es kennt nur die eine Maxime, sich auf Kosten anderer zu bereichern. Die Mittel und Wege, dieses in vollstem Umfang zu tun, haben Sozialdemokratie und Kommunismus ihnen durch ihre aus Utopie bestehende Parteipolitik an die Hand gegeben.

Während das deutsche Bürgertum heute in den Ruf einstimmte: „Hort mit dem Marxismus!“ wird dieses Bürgertum täglich vor neue Angelegenlichkeiten gestellt. Verordnungen und Notgesetze werden erlassen, die in ihrer Wirkung einem Verfallungsdruck gleichen und welche das zunächst darüber hocherfreute Proletariat, das in denselben Maßnahmen gegen den Besitz erblickt, letzten Endes ebenso treffen, wie die bestehenden Klassen, das ganze Volk aber in seiner Entrechtung zum hilf- und willenlosen Arbeitsschneid des internationalen Großkapitals machen. Unzählige Kleinrentner und Arbeiter, die ihren Sparpennig auf Sparflüssen oder in mündellichere Anlagen eingedreht hatten, sind heute durch solche Verordnungen, mit welchen sich das Großkapital auf die einfachste Art seinen Verpflichtungen entzieht, vor ein Nichts gestellt worden.

Ja, es ist weit gekommen im Deutschen Reich, wenn aus sittlichem Pflichtgefühl sogar das höchste deutsche Gericht seine warnende Stimme gegenüber Reichsregierung und Reichsparlament erhebt und wenn dieses höchste Gericht in dem Vorgehen der Reichsregierung in der Hypothekenfrage eine ver-